

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 509 / 2013

Kiel, Donnerstag, 21. November 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen / Flüchtlingspolitik

Wolfgang Kubicki: Qualitative Verbesserung der Unterbringung im Auge behalten

In seiner Rede zu Top 24 (Zukunft der Flüchtlingspolitik) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Beinahe täglich erreichen uns Meldungen über Flüchtlings-Tragödien im Mittelmeer. Die Menschen, die ungeachtet der widrigen Umstände und der Gefahren, denen sie sich auf ihrer Flucht aussetzen müssen, wollen nur eines – eine bessere Zukunft. Die Glücklichen, denen die Überfahrt gelingt, stehen nun in Europa vor weiteren Problemen.“

Der Flüchtlingsbeauftragte des Landes, Stefan Schmidt, hat die Situation der Flüchtlinge drastisch, aber zutreffend in einem Interview des Straßenmagazins „Hempels“ auf den Punkt gebracht:

„Jeder muss seinen eigenen Deal mit dem Schicksal machen“

Diese Schicksale, verehrte Damen und Herren, spielen sich direkt vor unserer Haustür ab. Wir können und dürfen die Augen nicht davor verschließen.

Jeder von Ihnen hat sicherlich die Debatte um die sogenannte ‚Lampedusa-Gruppe‘ kürzlich in Hamburg verfolgt. Die Reaktionen aller Beteiligten offenbaren, in welcher misslichen Lage wir uns befinden. Gewiss war diese Situation einem aktuellen Hintergrund geschuldet, doch sie ist keinesfalls neu. Wir müssen uns angesichts der nicht abreißen lassen Flüchtlingsströme und der steigenden Flüchtlingszahlen auf europäischer Ebene zwangsläufig auch mit den Umständen hier vor Ort befassen. Das Land, die Kreise und die Kommunen - alle sind betroffen.

Uns ist allen bewusst, dass die Situation der Flüchtlinge in unserem Land immer schwieriger wird. Die Flüchtlingszahlen werden abseh-

bar weiter steigen und damit die Unterbringungs- und Betreuungsbedarfe.

Der Flüchtlingsbeauftragte schilderte erst kürzlich anlässlich seiner Zwei-Jahres-Bilanz einige ungelöste Probleme, darunter auch die der dezentralen Unterbringung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Ein altbekanntes Problem, das den Kommunen erhebliche Schwierigkeiten bereitet, ist schlicht und ergreifend der Wohnungsmarkt, der oftmals keine geeigneten Objekte vorhält, die den Flüchtlingen als Unterbringung dienen könnten. Stattdessen werden den Flüchtlingen zum Teil denkbar unbrauchbare Alternativen zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung, aber allen voran der Innenminister, ist gefragt, wenn es um die Ausarbeitung vernünftiger und umsetzbarer Lösungsansätze geht. Erst diese Woche war Folgendes zu der Schackendorfer Gemeinschaftsunterkunft in den Lübecker Nachrichten vom 16. November zu lesen:

„Innenminister Andreas Breitner (SPD) hatte im Sommer den Segebergern für die dringend erforderliche Sanierung in Schackendorf Hilfe versprochen. Doch passiert ist bislang nichts.“

Handlungsbedarf ist vorhanden. Gerade bei den Unterbringungsstandards der dezentralen Einrichtungen. Erst vor einem Jahr haben Sie, Herr Innenminister, in Ihrem Bericht vom 18. September 2012 zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Folgendes angekündigt:

„Es wird in einem Jahr einen Bericht zur Überarbeitung der Unterbringungsstandards und zur Umsetzung geben.“

Zur Berichterstattung, Herr Innenminister, haben wir Sie nun gebeten, weil wir an diesem Bericht sehr interessiert sind, den sie anscheinend vergessen oder erfolgreich verdrängt haben. Ebenso vermissen wir konkrete Ergebnisse Ihrer neu gegründeten Arbeitsgruppe „Kommunale Aufnahme von Asylsuchenden“. Sie haben der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 24. Oktober 2012 ausweislich des Ausschussprotokolls folgendes Fazit zur Unterbringungssituation in Schleswig-Holstein gezogen:

„(...) es gebe keinen Grund zur Panik. Die Landesregierung plane sehr sorgfältig, sei gut vorbereitet und stelle sich gemeinsam mit den Kommunen auf die Herausforderungen ein.“

Herr Innenminister, ich möchte Sie ungern beunruhigen, aber dieses Fazit scheint doch von recht optimistischer Natur. Die Einschätzungen des Flüchtlingsbeauftragten zur Situation der dezentralen Unterbringung zeichnen ein anderes Bild. Darüber hinaus sind scheinbar wohlgemeinte Maßnahmen gänzlich ins Leere gelaufen. So sind nach Angaben des Flüchtlingsbeauftragten Sprachkurse in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich, teilweise überhaupt nicht von Flüchtlingen besucht worden, obwohl das Angebot vorhanden war.

Herr Innenminister, nichtsdestotrotz möchte ich anerkennen, dass Sie sich um die Belange der Flüchtlinge in diesem Land bemühen. Die zusätzlichen Mittel, die nun nachträglich über die Änderungen zum Haushalt den Gemeinden für die Unterbringungen der Flüchtlinge zukommen, sind ein richtiger Schritt.

Dennoch möchte ich, dass Sie auch die qualitative Verbesserung der Unterbringung im Blick behalten. Die bereits angesprochene Arbeitsgruppe sollte schließlich ihren Namen auch verdienen.“